



MITGLIEDERVERSAMMLUNG VOM 17. JANUAR 2017 PROTOKOLL

Ort: Volkshaus Zürich, Gelber Saal
Anwesend: 44 Mitglieder
Sitzungsleitung: Marionna Schlatter
Protokoll: Nadine Berthel

1. Begrüssung

Marionna begrüsst die Anwesenden.

Insbesondere willkommen geheissen werden die vielen neuen Mitglieder, die sich im vergangenen Jahr neu den Grünen angeschlossen haben.

2. Wahl der StimmzählerInnen

Julian Croci wird als Stimmzähler gewählt.

3. Traktanden

Die Traktandenliste wird ohne Ergänzungen genehmigt.

4. Protokoll der Mitgliederversammlung vom 24. Oktober 2016

Das Protokoll wird ohne Änderungen genehmigt.

5. Mitteilungen

Partei & Vorstand / Marionna Schlatter

In den vergangenen Wochen ist vergleichsweise wenig passiert. Seit den letzten Abstimmungen zur Kulturlandinitiative und zur Atomausstiegsinitiative haben wir eine Pause gebraucht. Jetzt sind wir wieder voller Elan gestartet. Eine Strategiegruppe erarbeitet die Strategie für das kommende Jahr.

Kantonsratsfraktion / Esther Guyer

Im Kantonsrat ist einiges los. Das Thema «Sparen» dominiert quasi alles.

In den kommenden Monaten werden wir uns intensiv mit dem Thema Gesundheit beschäftigen:

- Prämienverbilligung
- Spitallisten/Zusatzversicherte
- Privatisierungen KSW / iPW
- Honorargesetz / ÄrztInnen

Die EKZ steht ebenfalls hoch auf der Agenda.

Wir sind in der Minderheit und haben begrenzten Handlungsspielraum. Als Opposition werden wir uns stark einsetzen und insbesondere die Konsequenzen von all dem aufzeigen.

Es werden auch wieder ruhigere Zeiten kommen. Aber jetzt ist es nicht ruhig

Nationalratsfraktion / Balthasar Glättli

Der Rechtsruck im Nationalrat ist deutlich spürbar. Es wird überall gespart ausser in der Landwirtschaft und beim Militär.

Wir Grünen werden das Sparen zudem selber stark zu spüren bekommen. Bei den Beiträgen für die Parteien sollen ca. 10 Prozent gespart werden. Als kleine Partei treffen uns solche Einsparungen hart. Ich hoffe, dass wir die Einsparung zumindest noch für dieses Jahr stoppen können. Auch hier handelt es sich ein «Machtgame» von Rechts. Grosse Parteien wie die SVP werden auch mit weniger staatlichen Beiträge genug Geld haben, um ein funktionierendes Sekretariat aufrecht zu erhalten. Die kleinen Parteien kommen da eher in die Bedrängnis.

Ich habe mich sehr gefreut, dass wir es geschafft haben den Kompromiss zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative zu verabschieden. Zumindest werden uns die bilateralen Verträge nicht mehr aufgrund dieser Vorlage gekündigt werden. Das angestrebte Referendum gegen die Umsetzung ist meiner Meinung nach klar abzulehnen.

Junge Grüne / Meriel Thierer

Wir arbeiten intensiv an der Initiative «Für ein Verbot von Kriegsgeschäften».

Wir werden anlässlich der Abstimmungen vom 12. Februar 2017 eine Aktion machen.

Am Freitag, 20. Januar haben wir Mitgliederversammlung. Jeder ist herzlich eingeladen. Anmeldung und Infos: <https://www.facebook.com/events/1397046183639737/>

Verdankung Esther Hildebrand

Esther hat als engagiertes GL-Mitglied über sehr viele Jahre hinweg eine wertvolle Arbeit für die Grünen ZH geleistet. Wir danken Esther für ihre Arbeit und sind froh, dass sie uns weiterhin tatkräftig im Vorstand erhalten bleibt.

Danke Marionna

Marionna hat im Jahr 2016 eine unglaubliche Arbeit insbesondere für die Kulturlandinitiative geleistet. Danke!

6. Nachwahlen Parteigremien

Geschäftsleitung

Martin Neukom wird per Akklamation als Nachfolger für die zurückgetretene Esther Hildebrand in die Geschäftsleitung gewählt

Vorstand

Vertretung der Grünen Stadt Zürich

Felix Moser wird per Akklamation als Nachfolger für die zurückgetretene Elena Marti in den Vorstand gewählt

Vertretung der Jungen Grünen

Felix Neff wird per Akklamation als Nachfolger für den zurückgetretenen Niklaus Kappeler in den Vorstand gewählt

Vertretung Bezirk Andelfingen

Thomas Feer wird per Akklamation als Nachfolger für den zurückgetretenen Luca Fasnacht in den Vorstand gewählt.

Info 1: Leider sind nicht aus allen Bezirken VertreterInnen im Vorstand vertreten. Für den Informationsfluss und die Mitsprache aus den Bezirken wäre es wichtig, dass alle Bezirke im Vorstand vertreten wären.

Info 2: Info: Anna Stünzi ist unsere neue Vertreterin bei den Grünen Schweiz. Der Sitz war bis anhin vakant.

7. Abstimmungsvorlagen 12. Februar 2017

Unternehmenssteuerreformgesetz III mit Bruno Fässler, Direktor des Steueramtes der Stadt Zürich

Die Unternehmenssteuerreform ist ein schwieriges Thema. Es wird von den Befürwortern stark mit den Schlagwörtern Arbeitsplatzverlust, etc. konnotiert. Das Gegenkomitee hat kaum finanzielle Mittel, um den falschen Behauptungen entgegenzutreten.

Durchschnittliche effektive Steuerbelastung (2013)

Bei der durchschnittlichen effektiven Steuerbelastung fällt auf, dass wir ein interkantonales und kein internationales Standort-Problem haben.

Hongkong 9.9% SG 14.4% Kopenhagen 22.1%
 AR 10.0% Ljubljana 15.1% Wien 22.4%
 NW 10.1% **Singapur 15.6%** **Peking 23.3%**
 LU 10.2% Prag 16.2% **London 23.8%**
 OW 10.8% Warschau 17.0% **Mailand 24.6%**
 SZ 11.3% BE 17.2% Brüssel 24.7%
 UR 11.9% **ZH 17.5%** Luxemburg 24.8%
ZG 12.2% Budapest 18.9% Oslo 25.7%
 GL 13.0% Stockholm 18.9% **München 29.3%**
 GR 13.1% BS 19.6% Madrid 31.2%
 TG 13.2% Bratislava 19.7% **Paris 32.5%**
 SH 13.5% Amsterdam 20.9% **New York 41.1%**
 Dublin 14.1% Helsinki 21.7%

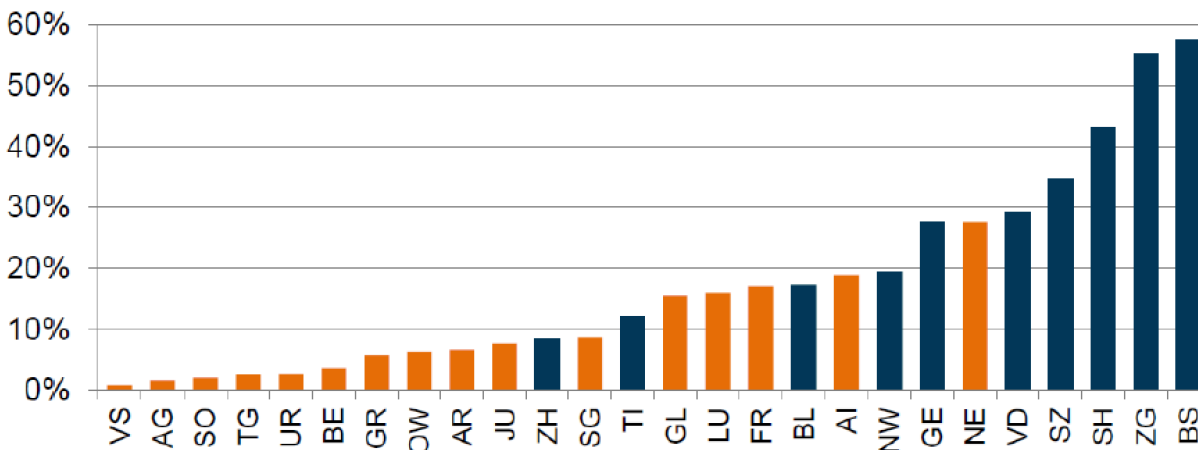
Problemstellung International: Die OECD droht damit, dass die Schweiz auf eine «Schwarze Liste» gesetzt wird.

Die Steuereinnahmen sind infolge der USR I für den Bund gestiegen. Davon haben die Kantone in der Regel aber kaum profitiert.

Anteil Status im Überblick

«Statusgesellschaften»: Hoher Anteil in Basel-Stadt

Geschätzter Anteil der Statusgesellschaften an den Gewinnsteuereinnahmen



→ «Statusgesellschaften» sind in BS bedeutend – über den **Nationalen Finanzausgleich** profitieren alle Kantone.

Quelle: Bericht des Steuerorgans zur Unternehmenssteuerreform III, Dezember 2013; blau: NFA-Geberkantone

Der Kanton Zürich hat jetzt ein grosses Problem. Wir hatten in Zürich bisher wenig steuerlich privilegierte Unternehmen. Wir müssen jetzt auslöffeln, was uns die anderen mit der USR III aufbrummen.

Lösungsvorschläge

- Lizenzbox I (genannt Patentbox)

Steuerliche Vorteile für Patente und «vergleichbare Rechte» (nicht patentgeschützte Erfindungen von KMU und Software)

Es stellen sich viele Fragen. Es gibt keine rechtliche Definition für KMU. Zudem ist unklar, was alles unter den Begriff Software fällt. Es droht in Zukunft ein Dambruch bei den Steuereinnahmen.

- Lizenzbox II

Das Institut für Geistiges Eigentum prüft nicht, ob eine Erfindung neu ist oder sich in naheliegender Weise aus dem Stand der Technik ergibt (Art. 59 A Patentgesetz).

Der Richter stellt auf Klage hin die Nichtigkeit des Patents fest, wenn der Gegenstand des Patents nicht patentierbar ist;

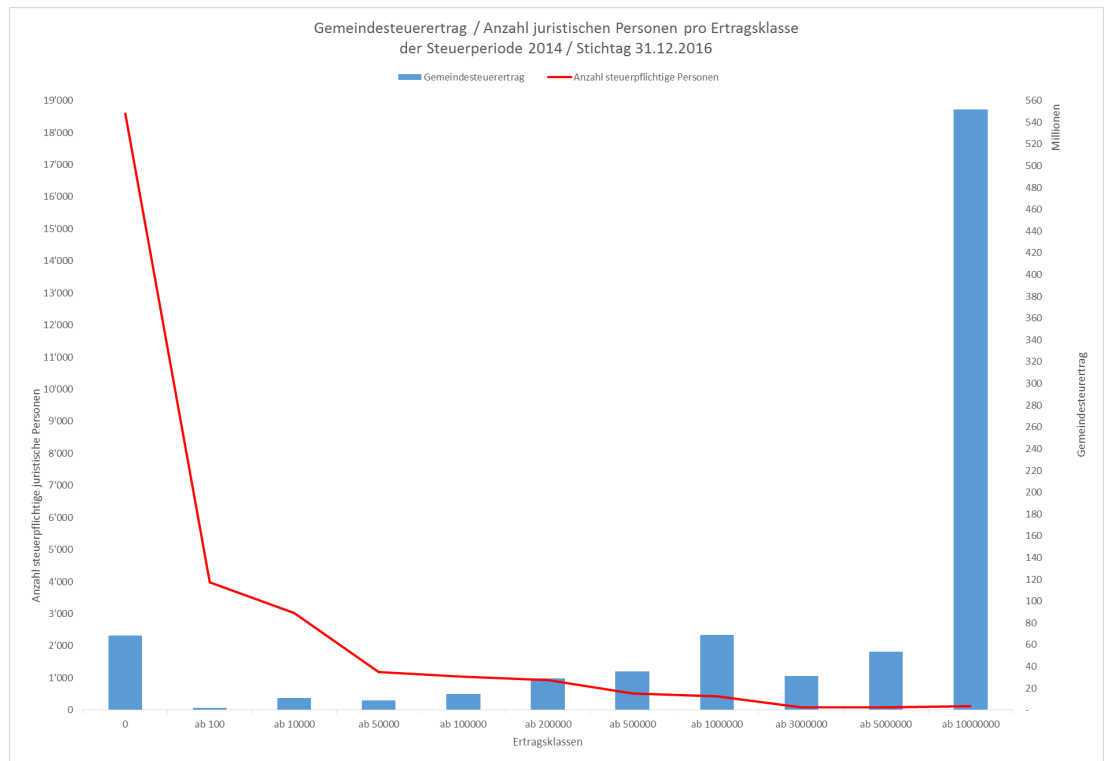
- Zinsbereinigte Gewinnsteuer
- Forschung- & Entwicklungskostenabzug von 150%

Kosten für Forschung und Entwicklung sollen zu 150 % abgezogen werden können. Das ist am Ende des Tages eine Subventionierung der Forschung durch den Staat. Die Abgrenzung zu forschungsverwandten Unternehmensbereichen wie Technologieentwicklung etc. ist problematisch. Es gibt viele offene Fragen: Was ist Forschung? Was ist Entwicklung? Kann beispielsweise der Lohn für einen Softwareentwickler zu 150 % von den Steuern abgezogen werden?

- Step-up Mechanismus
- Kantonale Steuersatzsenkung
- Abzug auf zinsbereinigtem Eigenkapital

Fiktiver Zins auf sogenanntem Sicherungseigenkapital kann vom Gewinn abgezogen werden. Die Berechnung ist sehr kompliziert und Steuerausfälle abhängig vom Zinsniveau (Unsicherheit). Zudem ist unklar, welche Mittnahmeeffekte entstehen werden (Banken, Versicherungen?)

Wer profitiert? Graphik der Stadt Zürich



Die Graphik zeigt: Viele bezahlen fast nichts und wenig bezahlen fast alles. 1% der steuerpflichtigen Personen zahlt 80% der Steuern.

Es gewinnen (Gross-)Aktionäre, der Bund, und die Kantone BS, ZG, GE und VD.

Folgen für den Kanton Zürich

Grobe Schätzungen Steuerausfälle

Dimensionen für den ganzen Kanton:

- Zwischen 300 bis 500 Mio. für den Staatshaushalt
- Zwischen 400 bis 500 Mio. für die Gemeinden
- Zuzüglich mittlerer zweistelliger Millionenbereich für die Kirch- und Schulgemeinden

Verfahren

- Abstimmung über die Bundesvorlage am 12. Februar
- Bundesverordnung ist bereits in Arbeit
- Kantonale Vorlage in der Vernehmlassung
- Geplantes Inkrafttreten auf 1.1.2019

Steuerliche Auswirkungen im Kanton und den Gemeinden bereits in der Steuerperiode 2019

Fragen

Nico: Es heisst immer die USR III sei ein Nullsummenspiel. Die Unternehmen hätten doch auch vorher schon Privilegien gehabt. Was kann ich darauf antworten?

Bruno: Die Steuersenkungen sind mit der Giesskanne. Es profitieren jetzt auch Firmen, Grossbanken etc. die zuvor nicht profitiert haben. Es ist eine Steuersenkungsvorlage.

Nicole: Was sagt die OECD zu dieser Schlaumeierei. Es ist ja wieder eine Steuervermeidungsvorlage.

Bruno: Die OECD hat bisher nichts gesagt. Ich bin aber mal gespannt, was noch kommt. Vieles in der Vorlage ist nicht kompatibel mit den OECD-Vorgaben. Die OECD will mittelfristig auf ein Besteuerungssystem von 18 % hochgehen. Bisher liegt die Untergrenze bzgl. «harmful taxes» bei 12 %. Ich denke in der Kombination von möglichen Massnahmen können viele Unternehmen mit der USR III darunter fallen.

Anna: Was passiert, wenn wir die Vorlage jetzt nicht annehmen. Es heisst immer, dass das unsere letzte Chance ist.

Bruno: Es wird erst mal nichts passieren. Wir haben ein funktionierendes Steuersystem. Ich nehme nicht an, dass wir bereits 2019 auf einer «Schwarzen Liste» stehen werden. So etwas wird viel länger dauern. Ich sehe das Ganze eher etwas pragmatisch.

Frank: In welchem Verhältnis stehen die Verluste durch die USR zu den Einnahmen durch Steuerzahlungen von natürlichen Personen? Wenn wir ein paar hundert Millionen verlieren bei den Unternehmenssteuern, macht das einen grossen Unterschied?

Bruno: Die Dimensionen sind unglaublich. Um die Verluste auszugleichen, müsste eine Person über 20 Jahre hinweg jede Woche 1 Mio. im Lotto gewinnen.

Marionna: Es werden riesige Löcher in unsere Kassen gerissen. Der Rest bzw. die Versprechungen sind reines Kaffeersatzlesen. Wir wissen nicht, was uns erwartet.

Schlusswort Bruno:

Von der Unternehmenssteuerreform I hat der Bund stark profitiert. Die Gelder wurden aber zum grossen Teil nur auf nationaler und nicht auf kantonaler/kommunaler Ebene versteuert. Es wurden nur die 8.5 Prozent Bundessteuern erhoben und sonst fast nichts. Der Bund hat gewonnen, die Kantone und Kommunen nicht.

Wir sind in der Weltwirtschaft auf Platz 19. Wir sind eine Wirtschaftsmacht. Unser BIP ist halb so gross wie das von Russland. Wir haben etwas zu bieten und uns laufen die Unternehmen nicht gerade davon, wenn die Steuern etwas höher gestalten.

Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr mit Balthasar Glättli, Nationalrat

An der Delegiertenversammlung der Grünen Schweiz wurde mit einem Stimmenverhältnis 90 Nein-Stimmen zu 5 Ja-Stimmen deutliche die Nein-Parole gefasst. Das Thema ist bei den Grünen also nicht sonderlich umstritten. Wir sind klar dagegen.

Es gibt bereits jetzt einen Fond für den Strassenbereich. Wir könnten auch einfach nur diesen Fond verlängern. Das passiert jetzt aber nicht. Es soll ein komplett neuer Fond geschaffen werden.

Wie finanziert sich der NAF? Raubzug auf die Bundeskasse

Bundeskasse: 650 Mio.

Nutzende: 200 Mio.

Es besteht keine Fairness zwischen Strasse und Schiene.

Infolge der FABI-Vorlage steigen die Preise für ÖV-NutzerInnen um 20%. Die NAF-Vorlage führt hingegen zu einer Preisanhebung für den MIV von nur 5%.

Die Mineralölsteuer erhöht sich nur noch um 4 Rappen. Zuvor waren erhebliche stärkere Erhöhungen angedacht.

Die Vorlage ist eine halbe Milchkuh-Initiative. Bei dieser Abstimmung wird es aber sehr viel schwieriger zu gewinnen, als bei der Abstimmung zur Milchkuh-Initiative im Juni 2016.

Wozu wird das Geld verwendet?

90% Strassenausbau (Autobahnen)

10% Agglomerationsprogramm: Öffentlicher Verkehr und Umfahrungsstrassen

Dies obwohl über 75% des Verkehrs in den Städten und Agglomerationen stattfindet.

Knackpunkt Agglomerationsprogramm

Für den Erhalt der Agglomerationsprogramme brauchen wir den NAF nicht. Die Agglomerationsprogramme gibt es ja bereits und sie könnten auch ohne NAF weiterbestehen. Nur für den Griff in die Bundeskasse ist die Verfassungsänderung nötig.

Zusätzlich werden 400 km Kantonsstrassen mit dem Netzbeschluss (mit NAF verknüpft) auf Bundesbene verschoben. Finanzreferenden auf Kantonsstufe sind dann nicht länger möglich.

Die Grünen sagen NEIN zum NAF

1. Nein zum weiteren Zubetonieren der Landschaft
2. Keinen Raubzug auf die Bundeskasse
3. Agglomerationsprogramme können auch ohne NAF weitergeführt werden

Fragen

Marionna: Wie ist deine Einschätzung? Kommt der NAF durch?

Balthasar: Wir werden haushoch verlieren. Der NAF wird sicher durchkommen. Ich war am Freitag in der Arena. Es hat sich gezeigt, dass die Vorlage sehr technisch ist. Punkt für uns könnte einzig sein, dass die Leute eher NEIN stimmen, wenn sie sich unsicher sind. Die Befürworter haben viel mehr Geld. Wir haben unsere Mittel bereits in unsere Initiativen im vergangenen Jahr investiert. Jetzt haben wir nicht mehr viel übrig. Viele Menschen lassen sich zudem von dem Argument überzeugen, dass es parallel zu FABI jetzt auch einen Fond für die Strasse braucht.

Das Hauptargument der Befürworter des NAF ist das Thema Stau. Aber Kapazitätsausbau führt nicht zu einer Verkürzung des Staus, sondern nur zu einer Verbreiterung. Ausbau führt immer zu mehr Verkehr. Wir brauchen hingegen eine Verlagerung auf en ÖV.

Einbürgerung von Personen der dritten Ausländergeneration mit Balthasar Glättli, Nationalrat

An der Delegiertenversammlung der Grünen Schweiz wurde die Vorlage einstimmig angenommen.

Es geht quasi um die Einbürgerung von SchweizerInnen ohne Schweizer Pass. Die Jungen Menschen sind in der Schweiz geboren und gut integriert.

Voraussetzung für die erleichterte Einbürgerung:

- Eltern sind in der Schweiz geboren und haben einen C-Ausweis
- Sind in der Schweiz zur Schule gegangen
- Antragsteller nicht älter als 25 Jahre

Es geht um eine erleichterte Einbürgerung, nicht um eine automatische Einbürgerung.
→Die Vorlage ist extrem bescheiden.

Harmonisierung. Mit der Vorlage herrscht überall in der Schweiz Chancengleichheit bzgl. der Einbürgerung von Personen der dritten Ausländergeneration.

In Zürich sind wir Grünen diejenigen, die die anderen Parteien und Organisationen an einen Tisch geholt haben. Wir haben unter anderem einen gemeinsamen überparteilichen Flyer entwickelt. Die Flyer können ab dem 18. Januar 2017 im Seki abgeholt werden.

Es geht hier um ein sehr dünnes Sperrholzplättchen. Es ist trotzdem wichtig, dass wir die Abstimmung gewinnen, damit kein falsches Zeichen gesetzt wird.

8. Varia

Abstimmungsflyer 12. Februar 2017: Wir haben keinen kantonalen gedruckten Grünen Abstimmungsflyer. Es gibt aber Abstimmungsflyer zu jeder Vorlage von den überparteilichen Komitees. Die Flyer können per Mail oder Telefon (sekretariat@gruene-zh.ch oder 044 440 75 50) auf dem Sekretariat bei Nadine bestellt werden.

Sitzungsbeginn: 19:30 Uhr

Sitzungsende: 21:30 Uhr